

Aufenthaltsrecht

Derzeit kann ein Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen nur von Amts wegen und mit Zustimmung der Innenministerin erteilt werden (§§ 72 bis 74 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz). Betroffene selbst haben kein Antragsrecht und können daher die Verweigerung eines humanitären Aufenthaltsrechtes auch nicht durch ordentliche Rechtsmittel bekämpfen.

Gesetzesentwurf des Innenministeriums

Mit Erkenntnis vom 27. Juni 2008 hatte der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass diese Gesetzeslage nicht vereinbar mit dem Grundrecht auf Achtung des Privat- und Familienlebens nach Artikel 8 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ist. Auf Grundlage dieser Entscheidung würde die Wortfolge „von Amts wegen“ in §§ 72 und 73 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz ab 1. April 2009 nicht mehr anzuwenden sein.

Um der Wirksamkeit dieser Aufhebung zuvorzukommen, wurde nun vom Innenministerium ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet und zur Begutachtung bis 9. Jänner 2009 verschickt, der der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes Rechnung tragen soll. Dieser Entwurf enthält Grundlagen für die Erteilung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen (= Achtung des Privat- und Familienlebens), die sowohl in allen fremdenrechtlichen Verfahren (Asyl-, fremdenpolizeiliche Verfahren und Aufenthaltsverfahren) von Amts wegen zu berücksichtigen als auch über Antrag von Betroffenen zu gewähren sein sollen.

Kriterien zur Beurteilung des Privat- und Familienlebens

Folgende – vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte entwickelte und auch vom Verfassungsgerichtshof in bisherigen Entscheidungen aufgenommene – Kriterien sollen nach dem Gesetzesentwurf bei der Beurteilung des Privat- und Familienlebens im Sinne des Artikel 8 EMRK zu berücksichtigen sein:

- ... die Art und Dauer des bisherigen Aufenthalts und die Frage, ob der bisherige Aufenthalt des Fremden rechtswidrig war oder durch offenkundig aussichtslose oder unzulässige Anträge ermöglicht wurde;
- ... das tatsächliche Bestehen eines Familienlebens und dessen Intensität;
- ... die Schutzwürdigkeit des Privatlebens;
- ... der Grad der Integration, wie die Intensität der familiären und privaten Bindungen, die Selbsterhaltungsfähigkeit, die schulische und berufliche Ausbildung, die Teilnahme am sozialen Leben, die Beschäftigung und ähnliche Umstände;
- ... die Bindungen zum Herkunftsstaat des Fremden;
- ... die strafgerichtliche Unbescholtenheit;
- ... Verstöße gegen das Asyl- und Fremdenrecht und Erfordernisse der öffentlichen Ordnung;
- ... die Frage, ob das Privat- und Familienleben des Fremden in einem Zeitpunkt entstand, in dem sich die Beteiligten ihres unsicheren Aufenthaltsstatus bewusst waren.

Ausserdem enthält der Gesetzesentwurf den Vorschlag, dass ein Verlängerungsantrag nur vor Ablauf der Gültigkeitsdauer eines Aufenthaltstitels gestellt werden kann (derzeit ist dies bis zu sechs Monaten nach Ablauf der Gültigkeitsdauer möglich). Gegen diesen Teil des Gesetzesentwurfes richtet sich die Stellungnahme von **NEUSTART**.

Mag. Georg Mikusch, Leiter **NEUSTART** Zentralbereich Recht ...